



■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Free LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- Ein neues Dienstrecht, das alt aussieht
 - Subjektives zu den KEL-Gesprächen
 - Unser Gehirn
 - Verheerende Signale
- 

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zu Beginn wie immer eine Übersicht über die Themen dieser Ausgabe.

Sparen oder kürzen – oder gleich beides?

Die Kürzungsideen der Ministerin erfuhren das Echo, das sie verdient haben. **Willi Schneider**, **Gerhard Unterkofler** und **Armin Roßbacher** bringen in ihren Kommentaren klar zum Ausdruck, was sie von den unsehligen Maßnahmen halten. Sie sehen allerdings nicht nur die Unterrichtsministerin, sondern die gesamte Bundesregierung gefordert.

Ermöglichen statt blockieren

Der Beschluss des neuen Dienstrechtes ist erfolgt, **Martin Türtscher** setzt sich sehr intensiv damit auseinander:

- Warum das neue Dienstrecht alt aussieht, noch bevor es in Kraft getreten ist.
- Was sowohl Regierung als auch Gewerkschaft außer Acht gelassen haben.
- Warum Denken von gestern für die Schule von morgen nicht taugt.
- Was auf die Schule zukommt und welche Instrumente ihr helfen könnten.

Bildungsreise nach Finnland

Schulreformen haben es in Österreich schwer, gleichzeitig ist immer wieder zu hören bzw. zu lesen, dass etwa Finnland ganz anders tickt. **Toni Kohler** hat sich vor Ort ein Bild gemacht und zeigt in seinem Bericht auf, was ihn im hohen Norden beeindruckt hat.

KEL-Gespräche - Erfahrungsberichte

Die Diskussionen im Vorfeld waren sehr intensiv und auch mitunter äußerst kontrovers. Die Einführung der Kinder-Eltern-Gespräche an den Mittelschulen war alles andere als friktionsfrei. Mittlerweile sind an vielen Schulen KEL-Gespräche abgehalten worden. Drei KollegInnen haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, der Redaktion der Schulnotizen ihre Erfahrungen zukommenzulassen.

Personalmangel – Appell an LH Wallner

Ende April waren PersonalvertreterInnen aus dem Zentralausschuss zu einem Gespräch mit Landeshauptmann Markus Wallner geladen. Hauptthema war natürlich der nach wie vor massive Mangel an LehrerInnen, der die Schulen in Vorarlberg vor teilweise fast unlösbare Herausforderungen stellt. Auch ein konkreter Lösungsvorschlag wurde eingehend diskutiert.

Die Redaktion

3	Garys Nadelstiche
4	Ermöglichen statt blockieren
8	KEL-Gespräche
10	Infos für den Schulalltag: Feststellungs- und Nachtragsprüfung
11	Infos für den Schulalltag: Buchtipp
12	Buchempfehlung
13	Bildung in Finnland
14	(Nicht nur) Erfreuliches
15	Sie fragen, wir antworten
16	Querbeet
19	SLV-Linien
20	Reiseangebot

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Andreas Angerer, Walther Flaig, Anton Kohler, Willi Schneider, Martin Türtscher, Manuela Vonbun

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Ach, wie schön hätte es doch sein können! Eine Unterrichtsministerin, die lange Zeit Pflichtschullehrerin war und deshalb die Sorgen und Nöte der Lehrpersonen eigentlich kennen sollte. Und dann diese unnötige Osterüberraschung in Form von Sparmaßnahmen im Schulbereich, ein Sparen auf Kosten der Kinder und LehrerInnen.

Die Ressourcenkürzungen in der NMS und 9. Schulstufe hätten nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf die Motivation der KollegInnen gehabt, die den bisherigen Reformkurs durch tägliches Engagement in der Klasse mitgetragen haben. Meine Feiertage waren jedenfalls ruiniert.

Dank sofortiger Proteste und großem Missmut, auch in der SPÖ, musste Frau Heinisch-Hosek wenige Tage später zurückrudern. NMS und 9. Schulstufe bleiben von den angekündigten Kürzungen verschont. 28 Millionen Euro sollen im Ministerium selbst eingespart werden und 50 Millionen werden von nicht abgerufenen Mitteln der Ganztagsbetreuung eingesetzt. Sowohl Pflichtschullehrergewerkschaft als auch Eltern- und SchülervertreterInnen sind damit einverstanden.

UNTERSCHRIFTENAKTION

Trotz absehbarer Rücknahme der angekündigten Kürzungen, haben Vertreter der Freien LehrerInnen noch am Ostermontag die Unterstützungsaktion „Protest gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich“ auf die Beine gestellt. Das Damoklesschwert des Sparens schwebt ja weiterhin über uns, denn nächstes Jahr müssen weitere 70 Millionen Euro im Bildungsbereich gekürzt werden. Und die Regierung ist sehr kreativ im Erfinden von Sparmaßnahmen.

Bis Mitte Mai kamen 1100 Unterstützungserklärungen zusammen. Finanzminister Spindelegger und Bildungsministerin Heinisch-Hosek wurden über die Forderungen und das Ergebnis der Unterschriftenaktion informiert und eindringlich aufgefordert, in Zukunft zuerst mit den Sozialpartnern zu reden. Bildung darf nicht dem Diktat der Finanzpolitik unterliegen.

DER HEIMLICHE BLOCKIERER

Bei aller Kritik an der Ministerin, darf man nicht vergessen, dass es da noch einen Herrn gibt, der genauso Schuld am wilden Kaputtsparen hat. Einer, der sich wohl klammheimlich die Hände voller Schadenfreude gerieben hat, als die mediale Schelte nicht ihn, sondern

ganz allein die rote Ministerin getroffen hat. Sein Name: Michael Spindelegger.

Was die wenigsten wissen: Nachdem Heinisch-Hosek ihre Sparmaßnahmen rückgängig gemacht hatte, stellte sich Finanzminister Spindelegger weitere vier Wochen lang quer und beharrte auf der Durchsetzung dieser Sparmaßnahmen. Erst Mitte Mai gab der Finanzminister seine Blockadehaltung auf. Damit konnten nun endlich auch die Länder für das Schuljahr 2014/15 planen und die LehrerInnen aufatmen.

Schaler Beigeschmack: Wo blieb da die heftige Kritik der Medien, der schwarzen PersonalvertreterInnen und christlichen GewerkschafterInnen am Finanzminister?



„PROBLEMSCHULEN“

Das Unterrichtsministerium überlegt „Problemschulen“ mit mehr finanziellen Ressourcen auszustatten. Eine wirklich notwendige und von der FSG Pflichtschullehrergewerkschaft schon seit langem geforderte Maßnahme, um die Zahl der RisikoschülerInnen zu senken. Wer keinen Schulabschluss hat, wer keine Zukunftsaussichten sieht, entwickelt eher eine Führersehnsucht. „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Wahlen und Parlament kümmern muss“, meinten kürzlich bei einer Umfrage 29 Prozent der ÖsterreicherInnen.

Doch so, wie die Unterstützung der „Problemschulen“ geplant ist, wird heftige Kritik nicht lange auf sich warten lassen. Es soll nämlich nur zu Umschichtungen kommen. Heißt konkret: Das zusätzliche Geld für „Problemschulen“ wird den anderen Schulen weggenommen. Meine Forderung ist klar: Keine Umschichtungen sondern dafür zusätzliche Mittel im Bildungsbudget mit Zweckbindung für die „Brennpunktschulen“.



Ermöglichen statt blockieren

Martin Türtscher, Beratungslehrer (martin.tuertscher@lscar1.snv.at)

Warum das neue Dienstrecht alt aussieht, noch bevor es in Kraft getreten ist.

Was sowohl Regierung als auch GÖD außer Acht gelassen haben.

Warum Denken von gestern für die Schule von morgen nicht taugt.

Was auf die Schule zukommt und welche Instrumente ihr helfen könnten.

Eines muss man der Regierung lassen: Wenn es um die Kosten beim öffentlichen Dienst geht, reagiert sie blitzschnell. Denn die Zeit drängt: Die „PädagogInnenbildung neu“ startet in wenigen Monaten. Nach altem Dienstrecht hätte der Bund alle zukünftigen PH-Absolventen als akademisch ausgebildete L1-Bediens-tete einstellen müssen, und genau das wusste er mit dem LDG neu zu verhindern. Statt alle auf bisherigem Masterniveau zu entlohnen, werden nun alle auf Bachelor-niveau gedrückt. Höhere Einstiegsgehälter können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lebens-verdienstsumme gegenüber L1 deutlich gesunken ist.

**Regierung und GÖD
sind Sinn und Zweck
eines Dienstrechts
aus dem Blick geraten.**

Schwer wiegt aber auch, dass bei den Verhandlungen zwischen Regierung und GÖD Sinn und Zweck eines Dienstrechts aus dem Blick geraten sind.

Das Dienstrecht gleicht dem Betriebssystem eines Computers: Was muss es können, damit Anwendungen der Zukunft möglichst leicht ausgeführt werden können? Was sind benötigte Systemanforderungen? Welche schulischen Programme sollen umsetzbar sein? Was hilft, den schulischen Auftrag und den schulischen Alltag zu bewältigen?

Es ist nicht Aufgabe des Dienstrechts, eine pädagogische Neuorientierung vorzunehmen, es sollte eine solche aber auch nicht knebeln, sondern Veränderung zulassen.

Die zentrale Frage lautet daher:

WAS WIRD DURCH DAS NEUE DIENSTRECHT ERMÖGLICHT ODER ERLEICHTERT UND WAS NICHT?

Das Dienstrecht soll einen Rahmen schaffen, der den Bediensteten sichere und gerechte Bedingungen garantiert und dem System Schule Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Im Folgenden einige Themenbereiche, die uns zukünftig beschäftigen werden:

PROFESSIONALISIERUNG

Damit ist die fachwissenschaftliche und humanwissenschaftliche Begründung, Ausrichtung und Anpassung unseres Tuns gemeint. Wenn z. B. Ziffernnoten aus fachlicher Sicht nicht zu rechtfertigen sind, so meint Professionalisierung das Finden und Umsetzen eines besseren Weges der Rückmeldung an SchülerInnen und Eltern. Wenn der sog. 7-G-Unterricht die Kinder nicht in ihrer Vielfalt abholt, sucht Professionalisierung ein klügeres didaktisch-methodisches Konzept. Wenn es stimmt, dass Selbsterfahrung oder Supervision die Selbstreflexion und psychische Gesundheit von Lehrpersonen fördern kann, ist die Umsetzung von entsprechenden Angeboten ein Professionalisierungsschritt. Professionalität als Bezugnahme auf den aktuellen Stand der fachlichen Diskussion gehört dienstrechtlich klarer abgesichert.

KOOPERATION

Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit aller SystempartnerInnen nimmt zu. Insbesondere muss ein neues Dienstrecht die Kooperation zwischen KollegInnen unterstützen und erleichtern. Dabei hat Kooperation eine inhaltliche und eine zeitliche Dimension. Die räumliche Dimension (LehrerInnenarbeitsplätze, Besprechungsräume) kann hingegen nicht über das Dienstrecht geregelt werden. Eine große Aufgabe für die Schulerhalter!

INKLUSION

Seit der Unterzeichnung der UN-Menschenrechtskonvention zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist absehbar, dass dieses Thema in den nächsten Jahren auch die Schule massiv beschäftigen wird. Inklusion benötigt Teamarbeit, Gespräch, Know-how, gegenseitiges Lernen, Be-

weglichkeit, Experiment und Improvisation. Das Dienstrecht sollte all dies erleichtern, nicht erschweren.

KOOPERATIVE FÜHRUNG UND LEISTUNGSGERECHTHEIT

In den Schulen sind zu viele Führungsaufgaben auf die Person der Schulleiterin/des Schulleiters konzentriert. Ein kooperatives oder dialogisches Führungsverständnis setzt voraus, dass es klare Bereichsverantwortlichkeiten gibt, aus denen sich eine mittlere Führungsebene zusammensetzt. Die Aufgaben von SchulleiterInnen, KoordinatorInnen und Klassenvorständen gehören inhaltlich geklärt, die Funktionsträger zusätzlich und attraktiv entlohnt. Hier muss ein zukunftsfähiges Dienstrecht Akzente setzen.

AUTONOMIE

Jede Schule braucht Entscheidungsspielraum, insbesondere bezüglich der Auswahl und der Aufgaben ihrer MitarbeiterInnen sowie der Mittel und Wege zum Erreichen der Bildungsziele. Die Entscheidung über die Bildungsziele selbst ist Aufgabe des Bundes. Autonomie schließt mit ein, dass Stundentafeln, Klassenzusammensetzungen, Lernarrangements und beizuziehendes Fachpersonal ganz im Ermessen der Schule liegen.

Schule ist eine Schlüssleinrichtung zur Verbesserung der Lebensqualität einer Region.

Des Weiteren meint Autonomie die Möglichkeit, auf die Bedingungen des Schulstandorts im Sinne einer Sozialraumorientierung zu reagieren:

Schule ist eine Schlüssleinrichtung zur Verbesserung der Lebensqualität einer Region. Um in einem Dorf, einem Stadtteil oder einer Region ein Träger von Identität sein zu können, braucht die Schule Spielraum.

QUALITÄT

Ob wir nun von den Bildungsstandards oder von SQA sprechen: Qualität wird am Ergebnis gemessen. Wurden die Ziele erreicht? Wer sagt das? Welche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen haben die Kinder erworben? Was lernt die Schule selbst?

Qualitätsentwicklung setzt Selbstreflexion voraus. Sie basiert auf gemeinsamen Werten und Zielen. Sie geht von der Verantwortung jedes Einzelnen für gute Ergebnisse aus.

Doch Qualitätsentwicklung braucht Zeit. Solange sie ein Schattendasein führt, bleibt sie ein ungeliebtes Kind. Ein modernes Dienstrecht muss Zeit und Raum für fachlichen Austausch und für die Arbeit an der Qualität des eigenen Tuns bereitstellen.

EINE NEUE ARBEITSZEITSTUDIE?

Die Gewerkschaft fordert vehement eine neue (besser: zusätzliche) Arbeitszeitstudie. Einmal abgesehen von methodischen Schwierigkeiten, die solchen Studien innewohnen: Es gibt bereits eine Arbeitszeitstudie aus der Zeit von BM Elisabeth Gehrler. Und wir haben die TALIS-Studie 2008 der OECD (www.bifie.at). Beide genannten Studien belegen, was wir ahnen oder ohnehin wissen: LehrerInnen arbeiten in etwa gleich lang wie andere ArbeitnehmerInnen, und diese Arbeit ist insgesamt sehr belastend. Wozu also schon wieder eine Arbeitszeitstudie?

JAHRESARBEITSZEIT STATT LEHRVERPFLICHTUNG

Wir sollten den Spieß umdrehen, allein schon zum eigenen Schutz: Als vollbeschäftigte Lehrpersonen haben wir eine jährliche Arbeitszeit von ca. 1800 Stunden, so wie alle anderen ArbeitnehmerInnen auch. Was denn sonst?

So viel an Lebenszeit stellt jede Lehrperson der Schule jährlich zur Verfügung. Das sind 40 Schulwochen zu je 45 Stunden. In diesen 45 Stunden ist all das zu absolvieren, was wir tun, weil wir diesen Beruf ausüben. Gar alles. Also all jene Dinge, die wir nicht tun würden, wenn wir keine LehrerInnen wären: Unterricht vorbereiten, in der Klasse stehen, uns weiterbilden, korrigieren, Konferenzen, Besprechungen im Team, mit SchülerInnen, mit Eltern, mit Behörden, mit Unterstützungspersonal, mit ProjektpartnerInnen, Administration, Supervision u. a. m.

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch
7:50-8:35	Mathe	Englisch	Deutsch
8:40-9:25	Deutsch	Bio	Englisch
9:45-10:30	Kunst	Mathe	Deutsch
10:35-11:20	Sport		SU

Foto: Claudia Hautumm, pixelio.de

Von dieser Jahresarbeitszeit sollten mindestens zwei Drittel in der Schule absolviert werden. Heute liegt dieses Verhältnis etwa bei 50:50, zum Nachteil der Schule als Ganzes. Warum? Weil nur anwesende Lehrpersonen sich absprechen, kooperieren, planen, einander unterstützen, voneinander lernen, experimentieren, miteinander reden, lachen und etwas umsetzen können. Gemeinsame Zeit am Arbeitsplatz ist Voraussetzung und Schlüssel zu vielem von dem, was Schule in den kommenden Jahren leisten soll. Das restliche Drittel der Arbeitszeit könnte von jeder Lehrperson individuell genutzt werden, z.B. für Korrektur, Literaturstudium, Mails, Administration oder Fortbildung. Diese Arbeiten sind nicht an das Schulgebäude oder an die Anwesenheit von KollegInnen gebunden.

WOCHENPLAN STATT STUNDENPLAN

Wenn LehrerInnen ihre Lehrverpflichtung als die wichtigste berufliche Verpflichtung betrachten, so besteht die Gefahr, dass andere berufliche Notwendigkeiten tendenziell als Zusatzbelastung oder Störung wahrgenommen werden. Damit sitzen sowohl Schule wie auch Lehrpersonen in der Falle: Tätigkeiten, die für jede Schule essentiell sind, werden zur Nebensache erklärt und damit abgewertet. Das ist etwa so, als würden wir das Herz des Menschen zum wichtigsten Organ erheben und alle anderen zu einem notwendigen Übel erklären. Was für eine Vorstellung! Alle Teile sind wichtig, wenngleich nicht unbedingt lebenswichtig. Auch die Schule ist ein Organismus, jeder Einschnitt und jede Dysfunktion hat daher Auswirkungen.

Es würde schon helfen, wenn wir den Stundenplan durch einen Wochenplan ersetzen würden, der bei Vollzeitbeschäftigten 30 Arbeitsstunden im Schulhaus ausweist. Viele KollegInnen werden jetzt schmunzeln, weil sie heute schon locker so viel Zeit an der Schule verbringen. Nun aber könnte die Schule als Ganzes verlässlich damit rechnen und die gemeinsame Arbeit danach ausrichten. Was für eine Chance!

Ich weiß, das wirft Fragen auf, es beantwortet aber



auch eine ganze Reihe von Fragen:

Konferenzen, Teambesprechungen oder kollegialer Austausch sind leichter planbar.

Ganztägige Schulformen sind wesentlich leichter zu organisieren.

Die Trennung von Beruf und Privatleben wird auch räumlich umgesetzt.

Schulen sind Arbeitsplätze für SchülerInnen und LehrerInnen und gehören so gestaltet.

Kontakt kommt vor Kooperation: Begegnung und Beziehung brauchen gemeinsame Zeit.

Begegnung und Beziehung brauchen gemeinsame Zeit.

RESSOURCEN

Jede Schule erhält ihre personellen Ressourcen auf Grund eines Zuteilungsschlüssels, der auf Schülerzahlen und Standortbedürfnissen beruht. Daraus ergibt sich eine bestimmte Anzahl an LehrerInnenstunden, sogenannte Vollbeschäftigungsäquivalente. Diesen Ressourcen stehen alle Aufgaben gegenüber. Wer aber sagt, was zu tun ist? Es sind viele Stimmen: der Gesetzgeber, die Konferenz, die Schulleitung, die Schulaufsicht, die Lehrperson selbst. Aufgaben gehören sichtbar gemacht, also aufgelistet, inhaltlich beschrieben und mit Zeit (Arbeitszeit) versehen. Wie viel Zeit für welche Aufgabe benötigt wird, ist zum einen Verhandlungssache, zum anderen Erfahrungssache. Schulen brauchen keine Finanzhoheit, sie brauchen die Möglichkeit, vorhandene Personalressourcen und schulische Aufgaben in Einklang zu bringen. Dieser Weg benötigt selbst einiges an Zeit: Verhandlungszeit, Zeit für Austausch und für Vereinbarungen. Sie wäre gut eingesetzt.

TRANSPARENZ UND VEREINBARUNGEN

Das Dienstrecht sollte die Frage nach dem Sinn und Zweck der Schule in den Mittelpunkt stellen, statt sie durch groteske Rechenübungen in Sachen Lehrverpflichtung zu verschleiern. Gerade hier wurde ziemlicher Unsinn verhandelt - man denke nur an die 24 Stunden Lehrverpflichtung, abzüglich zwei Stunden für irgendwas... bist du KV, dann eben für KV, sonst halt für Beziehungsarbeit im Allgemeinen, was immer damit genau gemeint ist, und der KV macht dieselbe Beziehungsarbeit auch, nur eben zusätzlich...

Mit solchen Fingerübungen wird nur Neid und Unmut in die Lehrerschaft getragen.

Stattdessen werden wir in Zukunft viel öfter darüber sprechen müssen, wer in welchem Ausmaß welche Aufgaben erledigt. Daraus ergeben sich Rechte und Pflichten: das Recht auf Entlastung oder MDL ebenso wie die Verpflichtung, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Dies alles gehört offengelegt im Sinne eines kooperativen Führungsstils.

Hierarchische Kontrolle ist ein Auslaufmodell schulischer Steuerung. Vielmehr werden dialogische Führung und Selbstregulation an Bedeutung gewinnen, etwa durch den Bezug auf gemeinsame Werte und Aufgaben, transparente Vereinbarungen und regelmäßiges Feedback.

PERSONALHOHEIT

Aus dem Gesagten erklärt sich auch, warum Schulen bei der Auswahl des Personals mitentscheiden sollten (wie auch immer dieses Mitentscheiden konkret aussehen mag).

Schulen sollten bei der Auswahl des Personals mitentscheiden.

Wo Aufgaben sind, müssen Aufgaben übernommen werden. Jede Schule ist auf Lehrpersonen angewiesen, die das Schulganze im Auge haben und die für einen Teil davon Verantwortung übernehmen.

Auch wenn die Personalsituation derzeit sehr angespannt ist: Jede Schule tut gut daran, sich genau zu überlegen, welche Leute ins Team

geholt werden. Und auch die neu Eintretenden sollen ihre Wahl bewusst treffen. Der Zufall ist hier kein geeignetes Steuerungsinstrument. Ohne die allseitige Haltung der Verantwortlichkeit läuft jede Schule Gefahr, einzelne KollegInnen zu überlasten und es anderen zu ermöglichen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

(„Ich arbeite nur 50% - muss ich dann zu 100% der Konferenzen kommen?“ - Das ist etwa so, als würde ein teilzeitbeschäftigter Koch sagen, er werde nur noch die Hälfte der Zutaten in den Topf geben. So funktioniert kein Betrieb, auch nicht die Schule. Der Blick aufs Ganze ist unteilbar, ganz gleich wie groß das Ausmaß der Beschäftigung ist.)

ZUSAMMENFASSUNG

Die nähere Zukunft wird eine Reihe von Themenstellungen an uns herantragen, die das gegenwärtige „Betriebssystem“ der Schule überfordern dürften. In dieser Situation steht uns ein Dienstrecht alter Prägung eher im Wege, als dass es Entwicklung ermöglicht.

Ein neues Dienstrecht sollte eine Kultur der Vereinbarung, der Kooperation und der Verantwortlichkeit für das Ganze auf allen Ebenen stärken. Tut es das nicht, ziehen Menschen sich nur allzu schnell auf die Frage zurück: Was ist mein persönlicher Vorteil und wie erreiche ich ihn? Diese Haltung aber steht einer guten Entwicklung der Schule im Weg. Was aber ist eine gute Schule? Ich möchte mit einer persönlichen Antwort schließen: Eine gute Schule ist, wenn LehrerInnen am liebsten ihre eigenen Kinder hinschicken möchten.

Unsere PersonalvertreterInnen helfen Ihnen gerne in allen dienstlichen Angelegenheiten weiter. Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.



www.freielehrer.at
DIE Homepage für Vorarlberger LehrerInnen



KEL-Gespräche

Großer Unmut unter den KollegInnen herrschte bei der Einführung der KEL-Gespräche. Tenor: beträchtlich Mehrarbeit, großer Zeitaufwand, Zettelwerk, keine Abgeltung. Nachdem nun diese Kind-Eltern-Gespräche in diesem Schuljahr das erste Mal durchgeführt wurden, haben wir drei KollegInnen gebeten, ihre Meinung darüber niederzuschreiben.

Bereits im ersten Dienstjahr, vor nunmehr 25 Jahren, habe ich **KEL**-Gespräche geführt (Zur Erinnerung: **KEL** steht für **KinderElternLehrer**; **LEK** und **EKL** wären durchaus amüsante Alternativen).

Ich tat dies, da es mir unsinnig erschien, beim Elternsprechtag oder in der Sprechstunde gewisse Dinge anzusprechen, ohne die unmittelbar Betroffenen, die Kinder, dabeizuhaben und ihnen die Inhalte per „Stiller Post“ durch die Eltern zu übermitteln. Ich tat dies allerdings nur, wenn ich Bedarf dafür sah. Diese gemeinsamen Gespräche resultierten häufig in einer mündlichen Abmachung oder auch, in schwierigeren Fällen, einer verbindlichen schriftlichen Vereinbarung, von den Kindern/Jugendlichen abgefasst und von allen Beteiligten unterschrieben. Darin wurde meist eine Belohnung in Form von gemeinsamer Zeit bzw. einer Unternehmung mit den Eltern in Aussicht gestellt.

Dennoch bin ich skeptisch, ob es Sinn macht, Eltern jedes Jahr, vielleicht sogar zweimal, zu einem KEL-Gespräch „vorzuladen“. Als Vater hätte ich dies nicht gewollt. Wenn ich an gute und brave Schülerinnen und Schüler denke, die es ja zum Glück auch gibt und es sind derer nicht wenige, mag es ganz nett sein, sich gegenseitig zu beweihräuchern, ob es Jahr für Jahr nötig ist, wage ich zu bezweifeln.

Eltern von schwierigen Kindern könnten sich zudem weigern zu kommen. KEL-Gespräche machen für mich in der Eingangsphase Sinn, um einander kennen zu lernen, ansonsten nach Bedarf, bei Schwierigkeiten fachlicher oder sozialer Natur und natürlich, wenn dies von einer der Seiten gewünscht wird.

In einer Zeit grassierender Datensammelwut, wo man meint, alles erheben und testen und sprichwörtlich je-

„Ich halte es für absurd, regelrechte Dossiers über unsere Schülerinnen anzulegen.“

den „Furz“ protokollieren zu müssen, halte ich es persönlich für absurd, Aufzeichnungen und regelrechte Dossiers über jeden unserer Schülerinnen und Schüler anzule-

gen. Wenn es wirklich wichtig ist, mache ich mir ohnehin eine Notiz. Womöglich werden in Zukunft Gesprächsergebnisse und persönliche Einschätzungen in digitaler Form gespeichert, was nicht zuletzt aus datenschutzrechtlicher Sicht bedenklich scheint. Zu Papier gebracht lassen sie den Müllberg wachsen, vergrößern unseren ökologischen Fußabdruck und wandern mitunter nach Jahren in den Reißwolf, ohne nochmals gelesen oder benötigt worden zu sein, wie Kollegen von Pilotschulen bestätigen.

Walther Flaig (VMS Grüt)

Große Bereicherung für alle Beteiligten

Als mir die KEL-Gespräche zum ersten Mal vorgestellt wurden, stand ich dem Ganzen eher skeptisch gegenüber. Folgende Dinge schossen mir gleich durch

„Ich stand dem Ganzen eher skeptisch gegenüber.“

den Kopf: Wie hoch ist der Zeitaufwand für mich als Lehrerin? Wie kann ich die KEL-Gespräche mit meinen anderen Terminen akkordieren? Wie gut werden sich die Schüler und deren Eltern auf das Gespräch vorbereiten? Wird das Angebot überhaupt angenommen?

Um jedoch meiner Skepsis mit dem für Lehrer notwendigen positiven Denken entgegenzutreten, meldete ich mich sogleich zu einer Fortbildungsveranstaltung über diese Art von Elternsprechtag an, um weitere Informationen über diese für mich neue Art von Zusammenarbeit mit Schülern und Eltern zu erhalten. Die positiven Erfahrungen anderer Kollegen, welche bereits KEL-Gespräche geführt hatten, räumten meine Zweifel jedoch rasch aus. Als nun auch an unserer Schule KEL-Gespräche eingeführt wurden, kürzten wir zuerst das vorgegebene Musterformular auf ein für uns erträgliches Maß. Die von mir angebotenen Termine wurden von den Eltern meiner Schüler sehr gut angenommen, und es erfolgte eine rege An-

meldung über das Internet. Die Kinder ihrerseits wurden beauftragt, sich auf das KEL-Gespräch vorzubereiten, indem sie eigene Arbeiten, welche ihnen wichtig waren, sammelten. Positiv war auch, dass die Eltern einen Fragebogen über ihr Kind ausfüllen mussten.

Im November standen nun für mich die ersten KEL-Gespräche an. Gleich nach den ersten Gesprächen war ich positiv von der lockeren und freundlichen Atmosphäre überrascht. Bei einer durchschnittlichen Gesprächsdauer von ca. 30 Minuten konnte über alle erdenklichen Themen ausführlich gesprochen werden. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass ich im Laufe der Gespräche zahlreiche, mir zuvor unbekannte Interessen meiner Schüler kennen lernte, und dadurch das gegenseitige Verständnis positiv beeinflusst wurde.

Auch seitens der Eltern gab es durchwegs positive Rückmeldungen über die KEL-Gespräche. Besonders Eltern von leistungsstarken Schülern schätzten es sehr, dass man ihnen und ihren Kindern genug Zeit widmete, da sie bei Elternsprechtagen aufgrund von Zeitmangel immer wieder rasch „abgefertigt“ wurden.

Zusammenfassend kann ich nun sagen, dass diese Art von Elternsprechtage eine große Bereicherung für alle Beteiligten darstellt. An den Schülerbögen für das KEL-Gespräch könnte jedoch noch einiges verbessert werden.

Manuela Vonbun (MS Hohenems-Herrenried)

„Lasset uns KElen!“

Mit Skepsis und zum Teil größerem Unmut „durften“ wir, die Lehrerinnen und Lehrer an der VMS Lustenauerstraße im letzten Schuljahr erfahren, dass auch wir KEL-Gespräche führen müssen. Wir wussten allerdings, dass es an anderen Schulen durchaus positive Rückmeldungen gegeben hatte.

So planten wir die ersten Gespräche im Dezember 2013 und es gab klare Regeln: 15 Minuten Dauer, eine von den Kindern gestaltete Einladung an die Eltern, Vorstellung der Kinder, Statement der Eltern (Stärken & Schwächen ihres Kindes, Hilfsangebote ...), Information durch die Lehrperson.

Ich war (und bin es immer noch) KV einer ersten Klasse und führte alle 19 Gespräche. Die Kinder waren gut vorbereitet (das übernahmen wir KVs in den KV-Stunden), die Eltern waren größtenteils weniger gut

vorbereitet, aber die 15 Minuten verliefen zufriedenstellend und die „Kleinen“ hatten sich doch recht ordentlich bemüht. Soweit die Fakten.

WAS WAR POSITIV?

ALLE Eltern waren anwesend, zum Teil in „doppelter Besetzung“. Die Kinder bemühten sich, sie waren ja die „VIPs“. Manchen Eltern sah man an, wie stolz sie auf ihre Sprösslinge waren. 15 Minuten sind viel Zeit, man erfuhr doch das eine oder andere von den Kindern und den Eltern, wenn man das auch wollte. Ein KEL-Gespräch macht mehr Sinn als ein fünfminütiges Gespräch beim Elternsprechtage, bei dem mittlerweile doch eher wenig Eltern erscheinen.

„Ein KEL-Gespräch macht mehr Sinn, als ein 5-minütiges Gespräch beim Elternsprechtage.“

WAS KANN MAN KRITISIEREN BZW. NEGATIV SEHEN?

19 Gespräche mal 15 Minuten ohne Bezahlung, das macht man höchstens einmal, vor allem weil andere Kollegen NULL Gespräche zu führen hatten.

Für manche war es ein quantitativ besserer Elternsprechtage, ziemlich substanzlos, für mich war es das nicht.

Das „Wenig-“ bzw. „Nicht-Einbringen“ mancher Eltern war enttäuschend, für manche war es eine Art „Pflichtprogramm“ (für manche Schüler natürlich auch).

FAZIT

An unserer Schule werden wir pro Jahr ein KEL-Gespräch führen, ich persönlich würde auf den sinnlosen Elternsprechtage verzichten, es gibt ja auch noch Sprechstunden!

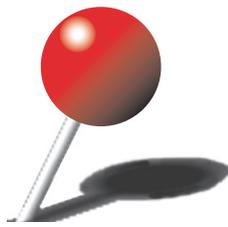
Die Informationsblätter werden neu gestaltet, übersichtlicher und kompakter.

Die 15 Minuten Gesprächsdauer behalten wir bei.

Die LehrerInnen werden sich die Gespräche aufteilen, so dass der Zeitrahmen eines Elternsprechtages nicht überschritten wird (ca. 3h).

Alle Gespräche finden an zwei Nachmittagen statt, was ich persönlich ablehne, ich hätte mir da mehr Flexibilität gewünscht.

Andreas Angerer (MS Dornbirn-Lustenauerstraße)



FESTSTELLUNGS- und NACHTRAGSPRÜFUNG

Feststellungsprüfung

-  Ist wegen längeren Fehlens einer Schülerin/eines Schülers vom Unterricht keine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe möglich, hat die Lehrperson gegen Ende des Unterrichtsjahres eine Feststellungsprüfung durchzuführen.
-  Die Prüfung ist während des Unterrichts abzuhalten.
-  Die SchülerIn ist zwei Wochen vor dem Prüfungstermin zu verständigen.
-  Es ist nur eine Prüfung pro Tag zulässig. Das heißt, dass rechtzeitig (Ende Mai bzw. Anfang Juni) mit der Bekanntgabe des Prüfungstermins begonnen werden muss.
-  Tritt eine Schülerin/ein Schüler zur Prüfung nicht an bzw. schließt in einem Gegenstand negativ ab, wird die Schülerin/der Schüler nicht beurteilt.
-  Die Lehrerin/der Lehrer hat über den Verlauf der Feststellungsprüfung schriftliche Aufzeichnungen zu führen.
-  Kann ein Schüler die Feststellungsprüfung wegen gerechtfertigter Verhinderung (z.B. Krankheit) nicht durchführen, kann sie bis spätestens 30. November gestundet werden. Damit wird die Feststellungsprüfung zur Nachtragsprüfung.
-  Der Prüfungsstoff bezieht sich auf den während des Schuljahres nicht durch Leistungsfeststellungen erfassten Lehrstoff.
-  Eine Wiederholung der Feststellungsprüfung ist nicht zulässig.

Nachtragsprüfung

-  Ist die erfolgreiche Ablegung einer Feststellungsprüfung nicht zu erwarten (etwa bei Fernbleiben ohne eigenes Verschulden) kann der Direktor diese 8 bis 12 Wochen aufschieben, spätestens aber bis Beginn des nächsten Schuljahres, bei gerechtfertigter Verhinderung sogar bis 30. November.
-  Diese Prüfung kann auch außerhalb des Unterrichts durchgeführt werden.
-  Auf Antrag ist binnen zweier Wochen eine einmalige Wiederholung der Nachtragsprüfung möglich.

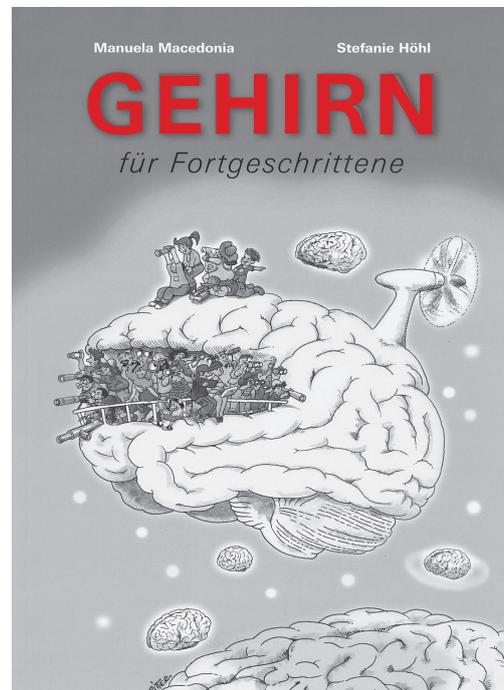


BUCHTIPP

Nach dem großen Interesse für das erste Buch „Gehirn für Einsteiger“ haben **Dr. Manuela Macedonia** und **Dr. Stefanie Höhl** den Fortsetzungsband „Gehirn für Fortgeschrittene“ veröffentlicht. Das Buch wurde für Laien geschrieben, komplexe Inhalte werden sachlich, aber anschaulich und nachvollziehbar dargestellt. Es ermöglicht eine Entdeckungsreise hinsichtlich Gehirnforschung.

Einige Themenbereiche

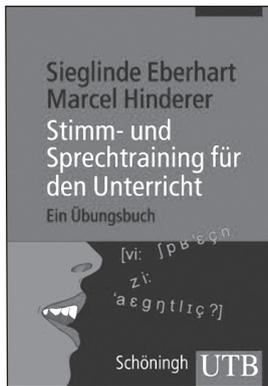
-  Wie funktioniert das Gehirn?
-  Gehirnentwicklung nach der Geburt
-  Die unglaublichen Baupläne unseres Gehirns
-  Liebe im Gehirn
-  Emotionen und das Gehirn
-  Sind wir von Geburt an sozial?
-  Ist prosoziales Verhalten dem Menschen in die Wiege gelegt?
-  Welche Mechanismen im Gehirn bewirken Aggressionen?
-  Gehirnjogging: Hilft das?
-  Warum Aufmerksamkeit das Lernen unterstützt?
-  Was macht das Gehirn im Schlaf?
-  Braucht das Gehirn unserer Kinder Bewegung?
-  Warum gefällt uns Kunst (oder auch nicht)?
-  Warum ist lebenslanges Lernen notwendig?
-  Wie kann man Entscheidungen manipulieren?
-  Welchen positiven Einfluss hat Musik auf den Menschen?



Das detaillierte Inhaltsverzeichnis ist auf unserer Homepage (www.freilehrer.at) oder auf der SchEz-Homepage (www.schez.at) zu finden. Diese limitierte Edition ist zum **Sonderpreis von 15,-- Euro** erhältlich (zuzüglich 3 Euro Versandkosten). Knapp 60 Bücher wurden bei uns bestellt.

Wer noch nachträglich eines erwerben möchte, kann nun direkt in Oberösterreich beim Schul- und Erziehungszentrum (SchEz) bestellen.

E-Mail: sekretariat@schez.at



**Sieglinde Eberhart, Marcel Hinderer
Stimm- und Sprechtraining
für den Unterricht**

Ein Übungsbuch

Verlag: UTB GmbH, Stuttgart;
ISBN-10: 3825240886
ISBN-13: 978-3825240882
Broschiert: 200 Seiten,
für Österreich: 17,50 EUR
Erscheinungstermin: 18. Juni 2014

Lehrer müssen den ganzen Tag sprechen: Sie erklären, referieren, diktieren, lesen vor und leiten an. Voraussetzung dafür ist eine starke Stimme.

Mit diesem Band trainieren Lehramtsstudierende eine klare Aussprache, gekonntes Vorlesen und sicheres sprachliches Auftreten. Die Übungen zur Sprechstimmgebung schaffen die Voraussetzungen für das Sprechen ohne Anstrengung. Damit wird es in Zukunft ganz leicht, sich Gehör zu verschaffen.

Dr. Sieglinde Eberhart und Marcel Hinderer lehren an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Armin Roßbacher

Was unser Hirn nicht alles leisten kann!

D45 G3HT J4 W1RKL1CH!

Ehct kstras! Gmäeß eneir Sutide eneir Uvinisterät, ist es nchit witihcg, in wlecehr Rneflogheie die Bstachuebñ in eneim Wrot snid, d45 ezniige was wcthiig ist, das der estre und der leztte Bstabchue an der ritihcegn Pstoiin snid. Der Rset knan ein ttoaelr Bsinöldn sein, tedztorm knan man ihn onhe Pemoblre lseen. Das i3t so, wiel wir nchit jeedr Bstachuebñ enzelin leesn, snderon das Wrut als gzeans enkreenn. Ehct kstras! Das ghet wicklirh! Und dfüar ghneen wir jrhlæng in die Slhcue!

Und das ist die absolute Steigerung.

D1353 M1TT31LUNG Z31GT D1R, ZU W3LCH3N GRO554RT1G3N L315TUNG3N UN53R G3H1RN F43H1G 15T! 4M 4NF4NG W4R E5 51CH3R NOCH 5CHW3R, D45 ZU L353N, 483R M1TTL3W31L3 K4NN5T DU D45 W4HR5CH31NL1ICH 5CHON G4NZ GUT L353N, OHN3 D455 35 D1CH W1RKL1CH 4N5TR3NGT. D45 L315T3T D31N G3H1RN M1T 531N3R 3NORM3N L3RNF43HIGKEIT. 8331NDRUCK3ND, OD3R? DU D4RF5T D45 G3RN3 KOP13R3N, W3NN DU 4UCH 4ND3R3 D4M1T B3G315T3RN W1LL5T

1000 Eindrücke aus dem Land der 1000 Seen

Ein persönlicher Erfahrungsbericht - schön subjektiv und nicht ganz vollständig!

Toni Kohler (toni.kohler@vmsla.snv.at)

Hei! So kurz und klar wie die Begrüßung, so relaxt und pragmatisch sind die finnischen Lehrer. Während der Bildungsreise nach Jyväskylä wurde mir immer klarer, wie stimmig die (Schul-)Bildung hier organisiert ist. Es folgt ein Versuch, mir wichtige Punkte darzustellen. Die Reihenfolge stellt keine Rangordnung dar, dies würde dem System auch nicht entsprechen, denn viele verschiedene Rädchen greifen immer wieder wunderbar gleichwertig ineinander.

1. Schule – die finnische Gemeinschaftsschule - und Bildung für alle wird vom Staat ernst genommen und daher gut organisiert und kostenlos angeboten.

- Gleichheit der Chancen für alle heißt nicht Gleichmacherei! Heterogenität verlangt aber vielseitige Unterstützung und Kleingruppen.
- Unterricht, Schulbücher, Lernmaterialien (z.B. iPad), Mittagessen, Schulfahrten, Gesundheitsvorsorge, Unterstützung für Benachteiligte dürfen nichts kosten.
- Das Bildungsbudget wird derzeit nicht gekürzt.

2. Die Gesellschaft ist verantwortlich gegenüber den benachteiligten Kindern und Familien und muss daher einen Ausgleich schaffen.

- Sozial und finanziell Bevorzugte haben den gesellschaftlichen Auftrag, Benachteiligten zu helfen, sie zu unterstützen; daher gibt es keine Selektion in „Bessere“ und „Schlechtere“;
- „Alle lernen mit allen“ und „Alle lernen von allen“ - Heterogenität schafft Erfolg für alle!

3. Über allen Entscheidungen steht eine hohe Ethik, die in folgenden 3 elementaren Grundsätzen mündet:

- Jedes Kind ist wichtig.
- Kein Kind darf auf der Strecke bleiben.
- Ein Kind darf niemals beschämt werden.

Auf den Anfang kommt es an! Daher gibt es schon vom Kindergarten (in der „nuevola“ z. T. schon ab 6 Monaten) an ein ganzheitliches Stütz- und Fördersystem.

- Im „OHR“-Team helfen und unterstützen Schulgesundheitspfleger, Sonderpädagogen, special-education-teacher, Schulsozialarbeiter, (Schul)-Psychologen, ab der 7. Klasse der OPO (Lern- und Schullaufbahnberater), die Schulleitung und Assistenten den Klassenlehrer und halten ihnen den Rücken frei - fürs Unterrichten.
- Lehrer können folglich nicht alleinig zum „Sündenbock“ für gesellschaftliche Fehlentwicklungen gemacht werden! Lehrerbashing wäre ein Tabubruch!

4. Die Lehrpersonen haben ein hohes Ansehen:

- Lehrer haben bei ihrer Arbeit eine hohe Autonomie.
- Vertrauen statt Misstrauen prägt den gemeinsamen Umgang, die sehr flache Hierarchie funktioniert gut.
- Burnout-Erkrankungen von Lehrern gibt es praktisch nicht; dies korreliert mit hohen Schülerleistungen, ist ein Qualitätsmerkmal von Schulsystemen und stark mit den Zielsetzungen der „finnischen Gemeinschaftsschule“ erklärbar.

Auffallend war immer wieder die Ruhe, Geduld und Gelassenheit der Pädagogen bei ihrer Arbeit. Die Problemfelder sind in Finnland ähnlich wie bei uns, sie werden aber anders gelöst – im TEAM und sofort.

5. Arbeitsbedingungen:

Ein finnischer Leitsatz lautet: Rasch intervenieren und rasch Hilfe anbieten, nicht zuwarten!

Die Lehrer werden durch „WILMA“, ein Online-Dokumentations-Tool, unterstützt: Noten, Abwesenheiten, Fördermaßnahmen, Krankmeldungen, Beurteilungen und anderes Schulrelevantes werden standardisiert eingetragen; ein Austausch dieser Informationen zwischen Eltern, Schülern, Lehrern, Betrieben und „OHR“-Team ist sofort möglich.

Sprachlehrer haben eine niedrigere Lehrverpflichtung als andere.

Schulleiter müssen vor der Bewerbung einen einjährigen Lehrgang an der Universität belegen.

6. Schul-Organisation:

Die finnische Gemeinschaftsschule wird teilweise als Ganztagesform geführt. Dadurch sind die bessere Aufteilung der Unterrichtsstunden und dazwischen längere Pausen möglich, was den Tagesablauf entstresst.

Im Gymnasium gibt es ein flexibles Modulsystem mit Wahlmöglichkeiten und 2-maligem Wechsel des Stundenplans pro Semester. Am Ende jeden Moduls gibt es eine Lernwoche als Prüfungsvorbereitung.

*It's not who they are. It's not how they teach.
It's how they think! (J. Hattie)*

Bleibt nur noch die Überlegung, ob es die Verantwortlichen in Österreich je schaffen werden, die kompromisslose Förderung jedes Lernenden in den Mittelpunkt ihres Denkens zu stellen. Die Hoffnung bleibt, dass zukünftige Elterngenerationen das „Abschieben“ und „Selektieren“ von Kindern nicht mehr wollen und dies auch einfordern!
Hei!Hei!



Nicht schon wieder!

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

Kurz vor den Osterferien ein Déjà-vu-Erlebnis: Fast exakt vor fünf Jahren hatte uns BM a.D. Claudia Schmied mit ihren Plänen betreffend die Erhöhung der Lehrverpflichtung geschockt. Gabriele Heinisch-Hosek gelang es ebenfalls problemlos, Puls und Blutdruck ansteigen zu lassen. Die Reaktionen auf ihre Vorschläge waren denn auch dementsprechend deutlich.

SPAREN ODER KÜRZEN – ODER GLEICH BEIDES?

Fassungslos standen auch Mitglieder der Freien LehrerInnen vor den Vorschlägen von BM Heinisch-Hosek, und nicht wenigen von uns kam der Gedanke: nicht schon wieder! Noch zu deutlich waren die Ereignisse im Jahre 2009 gespeichert, und wir hatten eigentlich gemeint, dass auch im Ministerium ein Lerneffekt stattgefunden habe. Gleichzeitig war uns allen klar: Das kann es nicht sein, das akzeptieren wir nicht. Mit einem Schreiben an die KollegInnen brachten wir unsere Empörung zum Ausdruck und starteten eine Protestaktion gegen die Sparmaßnahmen (zu finden unter www.freie.lehrer.at).

Mit etwas Abstand stellen sich mir einige Fragen: Gehört der Bereich Bildung noch zu den Kernfeldern der Sozialdemokratie oder geht es mittlerweile nur mehr darum „ein Budget zu sanieren, basta!“ (Originalzitat Elisabeth Gehr)? Wie kann es sein, dass Bundeskanzler Faymann sich über Wochen bedeckt hält und neuerlich eine Unterrichtsministerin im Regen stehen lässt? Warum protestiert Frau Heinisch-Hosek nicht lauthals gegen das Kürzungsdiktat von Michael Spindelegger? Wie kann es sein, dass SchülerInnen und LehrerInnen das Bankendesaster ausbaden müssen? Und warum macht die Mehrheitsfraktion in der GÖD massiv Stimmung gegen die SPÖ-Ministerin und übt sich in vornehmer Zurückhaltung gegenüber dem Finanzminister? Vielleicht, weil er der eigenen Partei angehört?

Für die Freien LehrerInnen galt und gilt die Devise: Wir schauen uns die Arbeit der jeweils handelnden Personen in den Ministerien genau an und bewerten die Maßnahmen und Ergebnisse nach den Kriterien: Was bringt es den SchülerInnen und LehrerInnen? Wird die Arbeitssituation der KollegInnen verbessert oder geht es vor allem um budgetäre Vorgaben? Die jeweilige Parteizugehörigkeit ist zweitrangig, das haben wir immer so gehandhabt. Claudia Schmied hat für die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl reichlich Lob von uns erhalten – das gilt bis heute! Einige andere Maßnahmen (geplante Erhöhung der Lehrverpflich-

tung, ständige Änderungen bei der Einführung der Neuen Mittelschule etc.) haben wir mit klaren Worten kritisiert. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, würde man meinen. Ist aber nicht immer so.

TERMIN BEI LH WALLNER

Ende April waren vier PersonalvertreterInnen aus dem Zentralausschuss zu Gast bei Landeshauptmann Markus Wallner. Zur Sprache kam unter anderem die seit Jahren äußerst angespannte LehrerInnensituation. Wir PersonalvertreterInnen schilderten an einigen Beispielen die Belastungsfaktoren (keine Personalreserve, teilweise sehr viele MDL, hohes Durchschnittsalter, ...). Gleichzeitig ersuchten wir den Landeshauptmann, die Angelegenheit zur „Chefsache“ zu machen und verwiesen darauf, dass z. B. in Oberösterreich eine sehr lange Warteliste von ausgebildeten LehrerInnen existiert. LH Wallner zeigte sich sehr interessiert und sicherte seine Unterstützung bei der Suche nach zusätzlichen LehrerInnen zu.

GROSSER ANDRANG BEI PENSIONSBERATUNGEN

Mit etwa 40 Anmeldungen hatten wir gerechnet, weit über 120 sind es dann schließlich geworden. Das brachte uns ziemlich ins Schwitzen, dennoch gelang es schlussendlich, alle Termine unterzubringen. Unser Dank gilt dem Leiter der Schulabteilung, Dr. Andreas Meusburger, sowie dem Pensionsexperten Johannes Flatz für die erfolgreiche Suche nach einer Regelung, die den Bediensteten entgegenkommt und gleichzeitig den Datenschutz nicht vernachlässigt.

Freie
LehrerInnen

FSG / Unabhängige / SLV / VLI

Jetzt auch
auf Facebook

Sie fragen, wir antworten.

UNTERBRECHEN DES KARENZURLAUBES



Ich bin derzeit im Mutterschaftskarenzurlaub, dieser läuft Ende Juni aus. Dann muss ich mich entscheiden, ob ich den Dienst wieder antrete oder noch länger zu Hause bei meinem Kind bleibe. Angenommen, ich entscheide mich, den Dienst anzutreten – kann ich das wieder rückgängig machen und den Karenzurlaub verlängern?



Nein.
Diese Möglichkeit existiert nicht. Wenn du die Entscheidung zum Wiedereintritt in den Schuldienst getroffen hast, ist das definitiv.

ABFERTIGUNGSANSPRUCH EINER BEAMTIN



Seit dem Ende des Mutterschutzkarenzurlaubes arbeite ich mit reduzierter Lehrverpflichtung und überlege mir, aus dem Dienst auszusteiden. Habe ich als Beamtin Anspruch auf Abfertigung?



Ja – unter folgender Voraussetzung:

Die gesetzlichen Regelungen finden sich im Gehaltsgesetz (GG) § 26 (3) 4:
„Eine Abfertigung gebührt (...) einem Beamten, der während einer Teilzeitbeschäftigung nach dem Mutterschutzgesetz (MSchG) oder dem Väterkarenzgesetz (VKG) freiwillig aus dem Dienstverhältnis ausscheidet.“

NACHHOLEN VON STUNDEN



Ich bin nächste Woche am Mittwoch auf einer ganztägigen Fortbildung. Meine Direktorin verlangt nun, dass ich die entfallenen Stunden an einem anderen Tag nachholen soll. Ist diese Vorgangsweise gesetzeskonform?



NEIN! Das LDG sieht keine Gegenrechnungen vor. Die entfallenen Stunden gelten in diesem Fall als gehalten.

DIENSTBEGINN UM 6.45 UHR?



Der Vater einer Schülerin wünscht ein Elterngespräch. Er ist beruflich sehr eingeteilt und schlägt deshalb einen Termin um 6.45 Uhr vor. Muss ich zu dieser Zeit bereits als Lehrer zur Verfügung stehen – unsere Schule startet um 8.00 Uhr?!



Nein.
Du bist verpflichtet, 15 Minuten vor Unterrichtsbeginn in der Schule anwesend zu sein. Wenn du z. B. einen Termin um 7.30 Uhr anbietest, kommst du dem Elternteil sicher entgegen.



Querbeet

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Unter Wissenschaftlern herrscht Konsens: Die Weichen für erfolgreiche Bildungsprozesse werden im frühkindlichen Alter gestellt. In dieser Zeit können auch Defizite am besten und leichtesten behoben werden. Für den Pädagogikexperten Wassilos Fthenakis können weiterführende Schulen auch mit viel Geld kaum kompensieren, was im Alter zwischen null bis acht Jahren schief gelaufen ist.

Die Aufgaben der Kindergärten wären in der heutigen Zeit eigentlich riesig. Neben vielen alltäglichen Fertigkeiten (Schere und Farbstifte richtig halten, Schuhe binden etc.) fehlt es immer mehr auch an der elterlichen Vermittlung von wichtigen Verhaltensregeln: Gib Dinge dorthin zurück, wo du sie gefunden hast! Nimm nichts, was dir nicht gehört! Drück die Spülung! Wasch dir die Hände vor dem Essen!

Und dann wäre da noch das Erlernen bzw. die Verbesserung der deutschen Sprache, um später in der Volksschule dem Unterricht folgen zu können. Laut Raphaela Keller, Vorsitzende des Dachverbands der Kindergarten- und HortpädagogInnen, ist gezielte Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr zu spät. Doch selbst wenn man zwei verpflichtende Kindergartenjahre einführt, fehlen für eine gezielte Sprachförderung die Rahmenbedingungen. Raphaela Keller kritisiert, dass sich in Österreichs Kindergärten die Kinder nicht optimal entwickeln können. Die Ausbildung müsse reformiert und die Kinderanzahl in den Gruppen reduziert werden. „Eigentlich sollte der Betreuungsschlüssel in einem Halbtagskindergarten höchstens eins zu zehn sein. In Österreich ist dieser Schlüssel unter den besten Bedingungen bei eins zu zwanzig“, so



Foto: Monika_pixelio.de

Keller im Interview in der Tageszeitung der Standard. Außerdem müsste – so Raphaela Keller - die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Volksschule abgeschafft werden. Als gutes Beispiel nennt sie dafür Frankreich: Dort kommen die VolksschulpädagogInnen schon vorher in den Kindergarten und die ElementargädagogInnen gehen nachher noch mit in die Volksschule. Dazu braucht es aber ein gemeinsames Bildungskonzept, welches in Österreich fehlt.

Es mangelt auch an der fehlenden akademischen Ausbildung der KindergartenpädagogInnen, die deshalb nicht nur schlechter angesehen sondern auch geringer bezahlt sind als LehrerInnen.

Unterschiedlich geregelt sind in Österreich die Kindergartenkosten. Während in Wien und Oberösterreich die Eltern auch bei einem ganztägigen Besuch nichts bezahlen, entstehen in Vorarlberg Gebühren für die Eltern.

Österreich ist generell noch weit davon entfernt, jedem Kind ab dem 1. Lebensjahr einen Kindergartenplatz zu garantieren. Da muss noch viel getan werden. Die Regierung will vorerst 350 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das ist gut so, aber in Wirklichkeit noch immer zu wenig. Wie sagte die neue Familienministerin Sophie Karmasin neulich in Vorarlberg: Wir sprechen gerne von Wahlfreiheit (vorschulische Erziehung bei Eltern oder im Kindergarten), doch die sei momentan – wegen des Mangels an Kindergartenplätzen – nicht gegeben.

In Wien und Oberösterreich ist der ganztägige Besuch des Kindergartens kostenlos.

NEUE BILDUNGSSPRECHERIN

Nachdem der Vorarlberger Nationalratsabgeordnete Elmar Mayer als Bildungssprecher der SPÖ aus Protest gegenüber der Bildungspolitik der Regierung (vor allem wegen des Fehlens der Gesamtschule) zurückgetreten war, präsentierte die SPÖ als Notlösung Laura Rudas als Nachfolgerin. Nach deren kurzem Intermezzo übernahm schließlich die Steirerin Grossmann das Amt der roten Bildungssprecherin. Sie ist im Bildungsbereich keine Unbekannte, hat sie doch in der Steiermark Erfahrungen als Bildungslandesrätin gesammelt.

Die Gesamtschule ist für die Mutter zweier Söhne übrigens das klare politische Ziel. Sie werde als SPÖ-Bildungssprecherin in den kommenden Jahren Argumentationsarbeit leisten und versuchen, den Koalitionspartner ÖVP umzustimmen.

Die Forderung nach einer gemeinsamen Schule ist löblich, doch nach dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen (die Gemeinsame Schule kommt dort überhaupt nicht vor) muss man am ernsthaften Willen der SPÖ zweifeln.

Ohne zusätzliche Mittel keine Gesamtschule möglich

Und selbst wenn die ÖVP ihre sture Haltung aufgibt, könnte Spindelegger das Projekt immer noch über den Geldhahn boykot-

tieren. Denn die Gemeinsame Schule funktioniert nur wirklich, wenn ordentlich zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Also kurzum schlechte Aussichten für eine Gesamtschule.

NOTEN ABSCHAFFEN

Die Grünen fordern es schon seit längerem, nun zieht auch die Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) nach und will als ersten Schritt Eltern und LehrerInnen autonom entscheiden lassen, ob sie auf Ziffernoten in den ersten drei Klassen der Volksschulen verzichten wollen. Der komplizierte Umweg über den Schulversuch soll damit der Vergangenheit angehören. Befürworter und zahlreiche Experten sind überzeugt, dass damit die SchülerInnen besser motiviert werden können. Es sollen nicht die Schwächen aufgezeigt, sondern die Stärken und Begabungen gefördert werden. Heinisch-Hosek möchte dies schon ab diesem Herbst ermöglichen, ihr Ministerium arbeitet bereits an einer Gesetzesänderung. Die Zustimmung der ÖVP fehlt allerdings noch!

In der Praxis werden vor allem drei alternative Leistungsbeurteilungen angewandt: Lernzielkataloge (sogenannte Pensenbücher), verbale Beurteilung, Portfolios (Beurteilung direkter Leistungsvorlagen).

... zu einer ...zeit)	gut
LG 1	gut
LG 1	gut
...tskunde ...geschichte)	gut
...n der modernen Wirtschaft	sehr gut

SCHWEDISCHE SCHULEN IN DER KRISE

Die schwedische Schule scheint in der Krise zu sein. Die schockierenden PISA-Leistungen waren laut der Mehrheit der Experten – so berichtete die Zeitung der Standard die Nachwirkung einer großen Schulreform aus den Neunzigern. Damals wurde nämlich von der konservativen Regierung die freie Schulwahl eingeführt. Seither kann jede Familie selbst entscheiden, auf welche Schule ihr Kind gehen soll. Die Schulen erhalten pro Schüler einen gewissen Geldbetrag, was einen Wettbewerb unter Schulen entfachen sollte.

Dies führte jedoch vor allem zu sozialen Ungleichheiten: Es bildeten sich regelrechte „Schulghettos“ aus sozial benachteiligten Kindern mit einem überproportional hohen Anteil an Nichtmuttersprachlern.

Jetzt scheint sich Widerstand zu regen. Der größte sozialdemokratische Parteibezirk im südschwedischen Skåne hat sich erst kürzlich gegen das Prinzip der freien Schulwahl ausgesprochen.

Das Recht der Eltern, die Schule für ihre Kinder ohne Einschränkung aussuchen zu können, habe zu schlechteren Noten und einer erhöhten Segregation geführt. Im Bezirk Skåne

Freie Schulwahl und falsche Wohnbaupolitik führen zu Ghettoschulen.

sei die Frustration und Verärgerung über den Zustand der Schulen sehr groß, so der Bezirksvorsitzende Niklas Karlsson im Schwedischen Rundfunk. Und in Schweden zeigt sich auch, dass trotz hohem finanziellen Zuschuss für Problemschulen der Erfolg nur mäßig ist.

Wir sollten also von diesem nördlichen Staat lernen:

1. Finger weg von einer Sprengelauflösung, die eine Segregation fördert.
2. Verhinderung von Ghettoschulen durch eine veränderte Politik im sozialen Wohnbau. Viele Ghettoschulen entstehen dadurch, dass sich der soziale Wohnbau in bestimmten Sprengel konzentriert. Lösungsansatz: Der soziale Wohnbau muss dezentralisiert werden. Die Forderung, dass bei größeren Wohnungsbauten nur dann eine Förderung gegeben wird, wenn mindestens 10 Prozent dem sozialen Wohnbau gewidmet werden, wäre hilfreich.
3. Kluge Sprengeländerungen, damit sich die Schulen in etwa aus gleich vielen Migrantenkindern und Kindern aus bildungsfernen Schichten zusammensetzen.
4. Zusätzliche Mittel für Problemschulen sind zwar notwendig, aber nur die zweitbeste Lösung. (Siehe dazu auch Garys Nadelstiche in den Schulnotizen 01/2014.)



Sie fördern
unsere Kinder.

Wir fördern Sie.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen
1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at





Verheerende Signale!

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

Politische Entscheidungen schaffen nicht nur Fakten, sie haben häufig Signalwirkung, auch dann, wenn sie später revidiert werden (müssen). So könnte etwa die Art und Weise, wie die Hypo-Alpen-Adria-Misere aufgearbeitet wird, von den Gläubigern, den Aktionären und den Bankmanagern womöglich als Signal verstanden werden, sie könnten so weiter machen wie bisher, der Steuerzahler springe ohnedies in die Bresche, falls etwas schief laufe. Der Finanzminister und die ÖVP sorgen für das Signal an die Bevölkerung, dass die Reichen in Österreich relativ wenig zum Gemeinwohl beitragen müssten, während die kleinen Leute „geschöpft werden“.

Die Zustimmung der SPÖ zum Vorschlag des Finanzministers, dass jedes Ministerium einen Sparbeitrag leisten müsse, kann durchaus auch als Signal verstanden werden, dass es ihr doch nicht so ernst ist mit der Bedeutung der Bildungspolitik, wie sie in Vorwahlzeiten von ihr betont worden war. Ein nicht weniger interessantes Signal könnte den einen oder anderen erreicht haben in der Tatsache, dass die Familienministerin mehr Geld erhielt. Hat der schwarze Finanzminister tatsächlich die rote Bildungsministerin zum Sparen verdonnert und der eigenen Ministerin erlaubt mehr auszugeben? Ein Schelm, wer ...

Die von der Bildungsministerin Heinisch-Hosek gemachten Vorschläge zur Umsetzung der vom Finanzminister verordneten und vom Bundeskanzler zumindest geduldeten Sparvorgabe haben ebenfalls eine verheerende Signalwirkung.

Als besondere Errungenschaft der Mittelschule werden die sechs zusätzlichen Stunden/Klasse für die Individualisierung des Unterrichts angesehen. In Vorarlberg wird vom Landesschulrat vorgeschlagen, diese vor allem für die Umsetzung von Team-Teaching zu nützen. Dann kommt plötzlich die ministerielle Verordnung, durch die zwei von den sechs Stunden gestrichen werden. Gut, dass sie unter dem daraufhin entstandenen Druck (u. a. auch durch unsere Unterschriftenaktion) diese Verordnung wieder zurückgenommen hat. Dennoch bleiben Signale:

- Haben diejenigen Recht, die es immer schon wussten, nämlich, dass die Stunden nur zur Verfügung stünden bis aus allen Hauptschulen Mittelschulen geworden sind?

- Ist die Individualisierung angesichts der Kosten eigentlich nicht wirklich und wenn, dann möglichst ohne finanziellen Mehraufwand erwünscht?
- Wird das Vorhaben, möglichst alles zu unternehmen, um zu erreichen, dass die Zahl derer, die nach der Pflichtschule nicht einmal die Grundtechniken beherrschen, sinkt, dem Sparstift geopfert?
- Ist Planungssicherheit für die Schulen plötzlich unwichtig?

Der neue Vorschlag, die für den Ausbau der Ganztagschulen vorgesehenen und von den Ländern und Gemeinden nicht in Anspruch genommenen ca. 50 Millionen für heuer einzusparen, mag zwar den Druck auf die Ministerin vermindert haben, das von ihm ausgehende Signal ist dennoch miserabel. Wir untersuchen nicht, warum die Ganztagschule derzeit nicht so angenommen wird, wie sie eigentlich nach der Expertise beinahe aller Bildungswissenschaftler angenommen werden müsste. Wir beobachten nicht, dass mancherorts gerade die Schülerinnen und Schüler, die vom Angebot der Ganztagschule in verschränkter Form besonders profitieren könnten, von diesem keinen Gebrauch machen können/wollen. So wird etwa nicht darüber nachgedacht, ob es eventuell an der Freiwilligkeit oder an der Kostenbeteiligung oder an anderen Faktoren liegt. Gerade die Freiwilligkeit kann zum Hemmschuh werden, wenn die Teilnahme für den einzelnen Schüler diskriminierend wirkt. Auch die Kostenbeteiligung ist für manche Familie ein Problem, besonders, wenn man sich zur Bedürftigkeit bekennen muss, um in den Genuss der sozialen Staffelung zu kommen.

Die Ganztagschule als Sparpuffer? Wenn wir Geld haben, machen wir es, wenn nicht, sparen wir sie ein? Die Pädagogik als geldabhängige Variable. Da halte ich es doch lieber mit pädagogischen Konzepten, verbunden mit Planungssicherheit für alle Betroffenen. Den politisch Verantwortlichen wünsche ich die Zeit und die Geduld, dass sie über die Signalwirkung ihrer Vorschläge im Vorfeld nachdenken können.

DUBAI & Oman

Glitzermetropole in der Wüste

7-tägige Reise mit tollem Ausflugsprogramm

Pro Person im DZ

€ 1.298

EZZ € 295,-

Sonderreise Herbstferien 2014



HERBSTFERIEN 2014 Sa. 25.10. – Fr. 31.10.2014 7 Tage/ 5 Nächte im 4* Hotel ÜF

IHR REISEZIEL

Spektakuläre Bauten und weitläufige Strände, luxuriöse Shopping Malls und orientalische Märkte – Dubai lockt Urlauber mit einer Mischung aus Moderne und Tradition. Dubai gilt als eines der bedeutendsten Einkaufszentren in Asien, entsprechend zählen mehrere Shopping-Malls zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten des Emirates. Interessante Informationen über die Geschichte des Emirats erfahren Urlauber bei einem Besuch im Dubai Museum. Zudem erwartet Sie ein Ganztagesausflug an die spektakuläre Küste in den Oman. Tauchen Sie ein in diese atemberaubende und vielseitige Wüstenmetropole!

IHR REISEPROGRAMM

- 1.Tag: 25.10.2014: Nonstop-Abendflug mit Emirates Airlines von München nach Dubai mit dem größten Passagierflugzeug der Welt – dem Airbus A380
- 2.Tag: 26.10.2014: Ankunft um 6:30 Uhr am Morgen, Transfer ins zentrale 4* Hotel, Frühstück, danach Zeit zur Erholung vom Flug, am Nachmittag Erkundung der Altstadt von Dubai, Spaziergang zum Gold- und Gewürzsouk sowie Besuch des Dubai Museums, (F)
- 3.Tag: 27.10.2014: Am späten Vormittag ca. 5-stündige Stadtrundfahrt u.a. zum Burj al Arab Hotel, Jumeirah Moschee, Ski Dubai und der Dubai Mall, Besuch des höchsten Turms der Welt – dem Burj Khalifa, am Abend können Sie die faszinierende Wassershow vor dem Burj Khalifa bewundern, (F)
- 4.Tag: 28.10.2014: Ganztagesausflug in den Oman nach Dibba und Musandam, Sie unternehmen eine ca. 4-stündige Bootsfahrt entlang der Küste inkl. Mittagessen, u.a. haben Sie die Möglichkeit zum Schnorcheln und Schwimmen im Golf von Oman, (F,M)
- 5.Tag: 29.10.2014: Der heutige Vormittag steht Ihnen zur freien Verfügung, Sie können sich am Jumeirah Strand ausspannen oder in einem der riesigen Shoppingcenter auf Schnäppchenjagd gehen, am Nachmittag unternehmen Sie eine atemberaubende Fahrt über die Sanddünen in die arabische Wüste mit anschließendem Barbecue Buffet, (F,A)
- 6.Tag: 30.10.2014: Der heutige Tag steht Ihnen zur freien Verfügung, am Abend genießen Sie bei einer Dinner Cruise am Dubai Creek die fantastische Aussicht auf die Altstadt von Dubai, (F,A)
- 7.Tag: 31.10.2014: Genießen Sie noch die letzten Sonnenstunden am Hotelpool, zu Mittag Checkout und Transfer zum Flughafen, Nonstop Heimflug nach München, Ankunft am Abend, (F)

IM PREIS INKLUDIERT

- NONSTOP Linienflug in der Economy Klasse
- ab/bis München Dubai mit dem Airbus A380
- 30 kg Freigepäck und Bordservice
- Alle Transfers
- 5 Übernachtungen im 4* Hotel
- 2 X Abendessen, 1x Mittagessen
- Wüstensafari inkl. Barbecue in der Wüste
- "Dhow Cruise" Bootsfahrt am Dubai Creek inkl. Abendbuffet
- Ganztagesausflug inkl. 4h Bootsfahrt & Mittagbuffet nach Musandam (Oman)
- Halbtägige deutschsprachige Stadtrundfahrt
- Eintritt zum Burj Khalifa, dem höchsten Gebäude der Welt & Dubai Museum
- Geführter Rundgang durch die Altstadt von Dubai
- Professionelle, deutschsprachige Reiseleitung von StolzlechnerVision während der Reise

Wichtige Hinweise zur Reise

Zur Einreise benötigen Sie den bei der Ausreise noch mind. 6 Monate gültigen Reisepass. Österr. Staatsbürger erhalten bei Einreise eine Aufenthaltsgenehmigung von 90 Tagen.

Für ausländische Staatsbürger gelten möglicherweise besondere Einreisebestimmungen, sie sind selbst für zeitgerechte Visumsbesorgung verantwortlich. Wir empfehlen Rücksprache mit dem Hausarzt bezüglich der eigenen körperlichen Eignung. Es gelten die ARB 1992 mit Ausnahme der Stornobedingungen. Die speziellen Stornobedingungen für diese Reise finden Sie auf unserer Homepage sowie als Anhang beim Anmeldeformular! Der Programmablauf kann abgeändert werden. Weitere Landesinformationen erhalten Sie unter: <http://www.bmeia.gv.at/ausenministerium/buergerservice/reiseinformation/a-z-laender/vereinigte-arabische-emirate-de.html>

Mindestteilnehmerzahl 20 Personen. Bei Nichterreichen der Mindestteilnehmer bis 15.8.2014 findet die Reise nicht statt.

Infos und Buchung:

Tel: 0650-6011077 oder 0650-9101069

Mail: w.stolzlechner@gmx.at

www.stolzlechnervision.at

Veranstalter: Reisebüro StolzlechnerVision, Sterneckstr. 55/5, 5020 Salzburg, Inhaber: Dipl. Päd. Wolfgang Stolzlechner